

Postulat zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21

In diesem Text wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich immer miteingeschlossen.

Ausgangslage

Gemäss Artikel 29 des kantonalen Schulgesetzes ist der Erziehungsrat für den Erlass der Lehrpläne zuständig.

Am 16. Dezember 2015 hat der Erziehungsrat beschlossen, den Lehrplan 21 auf das Schuljahr 2017/2018 in Kraft zu setzen. Am 31. Oktober 2018 nahm er den Zwischenbericht «Lehrplan 21 – von der Einführungsphase zum Regelbetrieb» zur Kenntnis. Aus diesem Bericht geht hervor, dass der Lehrplan 21 in Uri wie geplant eingeführt werden konnte, und dass das Projekt Lehrplan 21 nach der zweijährigen Einführungsphase des Modullehrplans «Medien und Informatik» bis Mitte 2021 abgeschlossen sein wird.

Erwägungen

Bei der Durchsicht des Lehrplan 21 stellt man fest, dass die politische Bildung innerhalb des Fachbereichs «Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG)» unter der Rubrik «Räume, Zeiten, Gesellschaften» erwähnt wird. Politische Bildung ist im Lehrplan 21 kein eigener Fachbereich. Erst im 3. Zyklus wird "Politische Bildung" mittels RZG. 8 "Demokratie und Menschenrechte verstehen und sich dafür engagieren" im Lehrplan 21 thematisiert. Die Verbindlichkeiten der Inhalte in diesem Bereich sind jedoch unterschiedlich.

Generell fehlt ein konkreter verbindlicher Auftrag sich mit den Mechanismen der Schweizer Demokratie, der politischen Meinungsbildung, Verhältnis Staat und Wirtschaft, Siedlungsraumgestaltung etc. umfassend auseinanderzusetzen. Ausserdem ist es jeder Lehrkraft selbst überlassen, wo sie ihre Schwerpunkte bezüglich "Politische Bildung" letztendlich setzt.

Wir sind der Ansicht, dass im Lehrplan 21 Uri dem Thema «Politische Bildung» ein wesentlich höherer Stellenwert beigemessen werden muss und die Einführung eines eigenen Faches für politische Bildung im Lehrplan geprüft werden muss um folgenden negativen Entwicklungen im Kanton Uri entgegenzuwirken:

- dass bei unserer Jugend mangelnde Kenntnisse und Interessen an politischen Vorgängen und Kenntnisse unserer staatlichen Institutionen bestehen
- dass wir eine abnehmende Stimmbeteiligung ausweisen
- dass man insbesondere in den kleinen Gemeinden Schwierigkeiten hat, Ämter in den Behörden zu besetzen
- dass unser Milizsystem per se ins Wanken gerät, weil sich immer weniger Mitbürgerinnen und Mitbürger für Öffentlichkeitsarbeit interessieren und zur Verfügung stellen. Ein Grund hierfür ist sicher, dass sich die Leute, mangels einer ausreichenden politischen Bildung nicht zutrauen, ein Amt zu übernehmen.

Kürzlich ist das Buch «Milizarbeit in der Schweiz» von einem Wissenschaftler Team unter der Projektleitung von Markus Freitag, Politikwissenschaftler an der Universität Bern, erschienen. Es basiert auf einer breit angelegten Umfrage bei Milizbehörden in der ganzen Schweiz. Am 21. Mai 2019 ist in der Urner Zeitung ein grösserer Artikel zu dieser Umfrage erschienen. Als Schlussfolgerung werden dort zwei Hauptmassnahmen genannt, die unser Milizsystem stärken können. Zitat: «Als zweite, längerfristige Massnahme schlägt Markus Freitag eine Stärkung der politischen Bildung an der Volksschule vor, denn hier habe die Schweiz Nachholbedarf. Dabei wäre es gerade in unserem politischen System mit seinen hohen Anforderungen wichtig, die junge Generation gut aufzuklären und zu sensibilisieren.»

Im Zwischenbericht «Lehrplan 21- von der Einführungsphase in den Regelbetrieb» ist unter Punkt 8.1. zu ersehen, dass, obwohl der Lehrplan 21 möglichst unverändert eingeführt werden soll, die Möglichkeit besteht «Uri-spezifische Anpassungen vorzunehmen». Entsprechend ist davon auszugehen, dass auch bezüglich dem Postulat zugrundeliegendem Bedürfnis an stärkerer Verbindlichkeit der politischen Bildung der Jugend ebenfalls Rechnung getragen werden kann.

Im Übrigen ist festzustellen, dass das Thema der Kompetenz «Politische Bildung» auch von Vertretern in den eidg. Räten und in kantonalen Parlamenten. Dabei zielen alle in die gleiche Richtung: Das Fach «Politische Bildung» muss umfassender und verbindlicher, mit klaren Vorgaben und praxisnaher Umsetzung der Lehrziele in die kantonalen Lehrpläne 21 Eingang finden.

Antrag:

Der Regierungsrat wird gestützt auf Art. 119 ff. der Geschäftsordnung ersucht, dem Erziehungsrat den Inhalt dieses Postulats zu übermitteln, mit dem Auftrag, das Fach «Politische Bildung» seiner Bedeutung entsprechend verbindlich in den Lehrplan 21 aufzunehmen. Über die konkrete Umsetzung unserer Anliegen ist dem Landrat Bericht zu erstatten.

Ich danke dem Regierungsrat auch im Namen der Mitunterzeichnenden für die Behandlung dieses Postulats und bin überzeugt, dass mit der Stärkung der politischen Bildung im Kanton Uri die politische Partizipation, das Interesse und das Allgemeinwissen in die politischen Prozesse unseres Landes bei den Jugendlichen gefördert werden kann

Altdorf, 19. Juni 2019


Céline Huber, CVP
Erstunterzeichnerin


Bernadette Arnold, CVP
Zweitunterzeichnerin


Cornelia Gamma, FDP
Zweitunterzeichnerin